

Schulszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **80 (1993)**

Heft 1: **Grosse oder kleine Schulen?**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schulszene Schweiz

Die Bildungszusammenarbeit mit Europa weiterführen

Die Erziehungsdirektorenkonferenz will mit allem Nachdruck die Zusammenarbeit im europäischen Bildungsraum weiterführen. Auch nach dem gescheiterten Beitritt zum EWR soll versucht werden, den Studierenden, den jungen Berufsleuten und den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen freien Zugang zu europäischen Bildungs- und Forschungsprogrammen und zur Berufsausübung zu sichern.

Die Ablehnung des EWR-Abkommens hat zur Folge, dass die Schweiz nun weder in das System der Anerkennung der Berufsdiplome eingebunden ist noch an den Austausch- und Zusammenarbeitsprojekten der EG mitwirken kann. Erfreuliche Ausnahmen sind lediglich die Programme ERASMUS (Förderung studentischer Mobilität) und COMETT (Zusammenarbeit Wirtschaft-Hochschulen in der technologieorientierten Aus- und Weiterbildung), an denen die Schweiz aufgrund früherer bilateraler Verträge beteiligt bleibt; allerdings hätte auch hier der EWR-Vertrag bessere Mitwirkungsbedingungen geschaffen.

Die EDK wird zusammen mit dem Bund prüfen, welche Möglichkeiten unserem Land im Verhältnis zur EG und zum künftigen EWR offenstehen. Sie wird auch weiterhin grosses Gewicht auf die Bildungszusammenarbeit in anderen internationalen Organisationen, namentlich im Europarat und in der OECD, legen.

Schliesslich sollen in der Schweiz die Bemühungen um einen zeitgemässen Ausbau des Bildungssystems, um die interkantonale Harmonisierung der Schulstrukturen und um die Anerkennung gleichwertiger Ausbildungen konsequent fortgeführt werden.

Voranmeldepflicht für Psychologiestudenten

Auf das Wintersemester 1993/94 wird an schweizerischen Hochschulen eine Voranmeldepflicht für das Psychologiestudium eingeführt. Termin für das nächste Studienjahr ist der 1. Juni 1993.

Dieser Entscheid hat die *Schweizerische Hochschulkonferenz* (SHK) gefällt. Dank den Voranmeldungen sollen die Universitäten rechtzeitig über die zu erwartenden Studentenzahlen informiert werden. Dadurch könnten allfällige Engpässe und Qualitätseinbussen bei der Ausbildung vermieden werden, hofft die SHK. Die Voranmeldung sei «vorläufig weder mit Massnahmen zur Zulassungsbeschränkung noch mit der Umleitung von Studierenden an andere Universitäten verbunden».

Verlängerung des Konkordats über Hochschulbeiträge

19 Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein haben bisher die *Interkantonale Vereinbarung über Hochschulbeiträge* unterzeichnet.

Die Bedingungen für ein Inkrafttreten der Vereinbarung – mindestens drei Hochschul- und sieben Nicht-hochschulkantone müssen unterzeichnet haben – sind somit erfüllt, teilte die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit. Damit werde das bewährte Abkommen um weitere sechs Jahre verlängert. Es sieht vor, dass die Herkunftskantone der Studenten einen Beitrag von 8500 Franken pro Person an die Hochschulträger zahlen. Ab 1994 soll jeweils die Teuerung hinzugerechnet werden, heisst es in der EDK-Mitteilung. In beiden Basel sowie den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Tessin und Jura sind die Beitrittsverfahren im Gang. *Zürich* verhält sich laut EDK-Communiqué noch *abwartend*.

Erstmals Tagung des europäischen Komitees katholischer Schulen in der Schweiz

Das Europäische Komitee für das katholische Bildungswesen, gegründet vor 14 Jahren, hat erstmals Ende November in der Schweiz in Luzern getagt. Das Komitee zählt heute 15 Mitglieder aus Ost- und Westeuropa. Es bildet die regionale Sektion des entsprechenden weltweiten Komitees, welches im November vor genau 40 Jahren ebenfalls in Luzern gegründet worden ist.

Wahrung der eigenen Identität

Unabhängig vom Ausgang der EWR-Abstimmung waren die Beziehungen Schweiz-Europa Diskussionsgegenstand. Der Generalsekretär des europäischen Komitees, der Belgier Raf de Zutter, legt Wert darauf, dass das katholische Bildungswesen sich nicht auf die europäische Zwölfer-Gemeinschaft beschränkt, sondern über den ganzen Kontinent verbreitet ist. «Wir messen der Identität jeden Landes, seiner Kultur, seiner Religion grosse Bedeutung zu. In diesem Europa darf nicht nur die wirtschaftliche Seite zählen.» Erfreulicherweise geht heute «das Interesse der EG über die Berufsbildung hinaus und wendet sich auch dem allgemeinen Bildungswesen zu, selbstverständlich unter Berücksichtigung der nationalen Strukturen.»

Vielversprechende Projekte

Diese Sicht zeigt sich auch in den Projekten, die vom europäischen Komitee lanciert worden sind: Gegenwärtig wird ein Netz von rund 15 Schulen aus verschiedenen Ländern aufgebaut, die intensivere Kontakte pflegen

Schlaglicht

und gemeinsame Projekte durchführen. Die Konferenz Katholischer Schüler und Erziehungsinstitutionen der Schweiz (KKSE) wird sich an diesem Projekt auch beteiligen. – Im weiteren hilft das europäische Komitee mit, zusammen mit dem Europarat im rumänischen Timisoara ein universitäres Zentrum für die Förderung der interkulturellen Dimension im Bildungswesen einzurichten. – Schliesslich arbeitet eine besondere Kommission an der Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West und bringt die Erfahrungen westlicher Schulen bei der Gründung neuer Schulen in Osteuropa ein.

Staatliche Gelder für Privatschulen in andern Ländern Europas

Für die Schweiz von besonderem Interesse waren verschiedene Länderberichte mit Blick auf das Verhalten des Staates gegenüber den freien Privatschulen. So erhalten die Privatschulen Dänemarks, unabhängig von ihrer weltanschaulichen Ausrichtung, 75% ihrer Ausgaben vom Staat bezahlt; den Rest übernehmen die Eltern. In Grossbritannien steigt dieser Prozentsatz sogar auf 85% an. Für das schweizerische Privatschulwesen ist einige bildungspolitische Aufklärungsarbeit zu leisten, wenn eine finanzielle Besserstellung auf irgendeine Weise bewirkt werden soll.

Blick über den Zaun

Legale Freiheitsberaubung

Lehrer dürfen Schüler kurzzeitig aus pädagogischen Gründen auch nach Schulschluss am Verlassen der Klasse hindern und sogar einsperren, meldet die *Deutsche Lehrerzeitung*. Eine derart geringfügige Beschneidung von Grundrechten ist rechtmässig, entschied das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht, «weil generell wegen der Schulpflicht gewisse Grundrechtseinschränkungen in Kauf zu nehmen sind». Im konkreten Fall waren die Eltern eines Lübecker Schülers vor Gericht gezogen, weil ihr Sohn samt seiner Klasse nach Unterrichtschluss vom Lehrer fünfzehn Minuten im Werkraum eingesperrt worden war, um die Folgen einer Schlacht mit Tonklumpen zu beheben.

«Die Zeit», 27. 11. 1992

Berufslehre ohne Zukunft?

«Die Bestände der Sekundarstufe II, der ersten nachobligatorischen Ausbildung, dürften die Talsohle 1993/94 erreichen. Vom Rückgang am stärksten betroffen ist die Berufsausbildung: Von den 17jährigen standen noch 58 Prozent in einer Berufslehre. Dagegen verzeichneten Maturitäts-, Diplommittelschulen und Seminarien steigende Nachfrage. Jugendliche suchen zunehmend einen möglichst hohen Schulabschluss oder eine Lehre, die hinsichtlich Weiterbildung, Arbeitsbedingungen und Einkommen aussichtsreich erscheint.» (Tages-Anzeiger, 23.12.1992)

Dies ist ein Abschnitt aus einer zusammenfassenden Meldung über die Ergebnisse der Bildungsstatistik 1991/92, die das Bundesamt für Statistik vor kurzem publiziert hat. Er hat mir, jetzt selbst als Lehrer im Berufsbildungswesen tätig, zu denken gegeben.

Zum einen scheint es klar zu sein, dass die sinkende Zahl der Jugendlichen, die eine Berufslehre antreten, eben nicht mehr allein mit der Rede von den «geburtenschwachen Jahrgängen» erklärt werden kann. Die Attraktivität der Lehre sinkt auch – das schleckt keine Geiss weg. In der zitierten Meldung ist weiter zu lesen, dass diese Entwicklung zu Lasten der gewerblich-handwerklichen Berufe gehe; die traditionelle Lehre in Bereichen wie Holzbearbeitung, Gastgewerbe, Körperpflege, Baugewerbe, Nahrungsmittelproduktion, Malerei sowie Verkauf und Landwirtschaft verliere an Boden. Ich frage mich, ob eben diese traditionelle Lehre als Ausbildungsmodell Zukunft haben kann, wenn die Berufsfelder, in denen sie entwickelt worden ist, selbst immer weniger attraktiv zu sein scheinen . . .

Oder anders herum: Es stellt sich die Frage, ob nicht in den anderen Berufsbereichen – Industrie, Handel – Ausbildungsmodelle (weiter)entwickelt werden, die sich von der klassischen Berufslehre mehr und mehr entfernen. Der Ausbau der Berufsmittelschulen scheint dafür ein Indiz zu sein.

In diesem Jahr wird bekanntlich die Diskussion um die Berufsmittelschule in ein entscheidendes Stadium kommen. Ob es gelingt, mit ihrer Weiterentwicklung die Attraktivität der Berufslehre zu verbessern und den Trend zu wenden? Ich habe da meine leisen Zweifel, wenn ich mir vorstelle, dass Berufsmittelschülerinnen und -schüler nach allem, was man so hört, mit zwei Schultagen zu 8 und 9 Stunden zu rechnen haben – etwa ein halbes Pensum eines Mittelschülers – neben der Arbeit im Betrieb oder im Büro, wo dann wohl noch Zeit für die Hausaufgaben zur Verfügung gestellt werden muss.